

Joachim Schroeder

Erfolge und Wirksamkeit von Netzwerkansätzen

**Impulsreferat zur Mainstreaming-Tagung des
Hamburger Netzwerkverbundes für Bildung und berufliche Integration
Hamburg, 25.06.2007**

Solche Tagungen sind eine vorzügliche Gelegenheit, sich wieder einmal mit dem aktuellen Stand der Fachdebatte auseinanderzusetzen. Wie Sie beispielsweise an diesem zweibändigen Werk sehen können, ist zum Thema *Netzwerkarbeit* sehr viel geforscht worden: „Mit Netzwerken professionell zusammenarbeiten“ (Bauer/Otto 2005) ist ein Handbuch, in dem theoretische Reflexionen und empirische Studien zur Wirksamkeit von Netzwerkansätzen gesammelt sind. Es werden übrigens auch einige Beispiele aus hier vertretenen Programmen (Lernende Regionen, EQUAL) bzw. zu hier verhandelten Themen (berufliche Integration, Migranten Netzwerke, Sozialraumorientierung) diskutiert. Handbücher erscheinen ja zu einem Zeitpunkt, wenn zu einer Thematik auf sehr viel empirisch gesichertes Wissen und auf eine fundierte begriffliche und theoretische Ausdifferenzierung zurückgegriffen werden kann – und eben deshalb weise ich darauf hin: Da die Förderung von Netzwerken zu einer der wichtigen und wirksamen Interventionsformen im Feld der Bildungs-, Arbeitsmarkt-, Gesundheits- und Sozialpolitik geworden ist, konnte sich auch die Netzwerkforschung inzwischen in den Sozialwissenschaften breit entwickeln und etablieren.

Neun Hamburger Netzwerke, die zur Förderung von Bildung und beruflicher Integration benachteiligter Menschen entwickelt wurden, haben sich zu einem übergreifenden Verbund zusammengeschlossen – dies zeigt, dass Netzwerkarbeit auch in den diversen Praxisfeldern einen Professionalisierungsstand erreicht hat, in dem auf sehr viel erfahrungsgesättigtes Praxiswissen zurückgegriffen werden kann. Es geht schon lange nicht mehr um die Frage, weshalb Netzwerkansätze in der Beratung, Bildung, Qualifizierung und Betreuung benachteiligter Menschen nützlich sind, es geht allenfalls noch um die Frage, wie Netzwerkarbeit ressourcenschonend, konfliktarm und die Betroffenen einbeziehend gestaltet werden kann, denn dies, so zeigen empirische Untersuchungen und die alltäglichen Erfahrungen gleichermaßen, ist nicht einfach.

Ähnlich ist die Ausgangslage auch in Bezug auf den zweiten zentralen Begriff dieser Tagung: *Mainstreaming*. Seit dieser 1995 auf der 4. UN-Weltfrauenkonferenz in Peking als Gleichstellungsperspektive geprägt wurde, im Amsterdamer Vertrag 1997 zum offiziellen Ziel der EU-Politik geworden ist und auch in Deutschland von weiten Teilen des politischen Spektrums anerkannt und von den Bundesregierungen unterstützt wird, ist Mainstreaming nicht nur im

Bereich der Geschlechterpolitik, sondern auch im Feld der Arbeitsmarkt-, der Migrations-, der Behinderten- und der Jugendpolitik zu einem wichtigen Ansatz des politischen Handelns geworden.

Wenn ich das Tagungskonzept richtig verstanden habe, ist ihm die Annahme unterstellt, dass Netzwerkarbeit und Mainstreaming zusammengehören: Netzwerke sind vorzügliche Organisationsformen und Steuerungsinstrumente, um auf der Basis praktischer Erfahrungen zur Erweiterung gesellschaftlicher Teilhabechancen beizutragen. Netzwerkarbeit erzeugt aber auch einen „Mehrwert“, der es wert ist, in andere Praxisfelder übertragen zu werden – einen solchen Transfer von der Praxis in die Praxis würde man in EQUAL als *horizontales* Mainstreaming bezeichnen. Wird dagegen in die Verbreitung von Projektergebnissen auch die Politikebene einbezogen, dann wäre dies ein *vertikales* Mainstreaming. Führt man aber solchermaßen Netzwerkarbeit und Mainstreaming zusammen, so handelt man sich damit nicht nur sehr viel Arbeit, sondern auch neue Schwierigkeiten in der Realisierung ein. Auf sehr interessante, in Hamburg erarbeitete Lösungen für solche Probleme möchte ich im Folgenden aufmerksam machen. Zunächst sollen jedoch kurz einige allgemeine Überlegungen zu den Besonderheiten von Netzwerkarbeit unterbreitet werden.

Netzwerkarbeit – eine besondere Form des ‚Regierens‘

Ganz allgemein gesprochen werden in Netzwerken, wie sie im Hamburger Verbund zusammengeschlossen sind, Koordinierungs- und Steuerungsfunktionen übernommen, um zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beizutragen; Probleme, die weder vom Staat noch vom Markt alleine gelöst werden könnten. Netzwerke versuchen, eine Kooperationskultur zu schaffen zwischen öffentlichen, halbstaatlichen und privaten Akteuren. Sie haben sich seit den 1980er Jahren als eine Form politischer Steuerung neben Hierarchien und Märkten etabliert. So wird in Netzwerken zur Förderung beruflicher Integration das öffentliche und halböffentliche Berufsbildungssystem mit den Arbeits- und Ausbildungsmärkten verknüpft, um beispielsweise neue Zugänge für benachteiligte Gruppen zu schaffen, Hilfsressourcen im Umfeld von Unterstützungsbedürftigen zu mobilisieren und Hindernisse der Inanspruchnahme sozialer Rechte abzubauen.

In politischen Netzwerken sind die Beziehungen zwischen den Akteuren vor allem durch den Modus der *Verhandlung* charakterisiert in Abgrenzung zum Wettbewerb, wie er auf dem Markt herrscht, oder zum Gehorsam, wie er in bürokratisch verfassten Hierarchien erwartet wird. Innerhalb eines Netzwerkes sind die einzelnen Akteure weder unabhängig (wie im Marktmodell) noch einseitig abhängig (wie im Modell der Hierarchie), vielmehr ist das besondere Kennzeichen einer positiven Verbindung zwischen Akteuren die gegenseitige Beeinflussung und Unterstützung. Netzwerke überzeugen dann, wenn am Ende des Verhandlungsprozesses alle Seiten besser gestellt sind, als wenn nicht kooperiert bzw. verhandelt worden wäre – dies ist die berühmte „win-win-Situation“. Netzwerke sind somit „eine spezifische Form des Regierens“ (Baumgarten/Lahusen 2006: 178), denn durch die Vernetzung vielfältiger zivilgesellschaftlicher Akteure können potenziell innovative und effektive Politikergebnisse produziert werden.

Netzwerke können Staat und Markt entlasten, indem sie Informationen erarbeiten und bereitstellen, die Legitimität staatlicher Entscheidungen stärken und Bedarfe des Marktes befriedigen. Aufgrund ihrer prinzipiell gesellschaftskritischen und parteilichen Funktion sorgen sie aber auch für konstruktiven Ärger, indem Behörden und Ministerien, Betriebe und Wirt-

schaftsverbände systematisch und mit Beharrlichkeit auf strukturelle Verwerfungen und Handlungsdefizite hingewiesen werden. Die Stärke von Netzwerken beruht weder auf der Einsetzbarkeit von Kapital noch auf Rechtssetzungsbefugnissen, sondern allein darauf, dass sie über Wissen verfügen, welches für staatliches bzw. wirtschaftliches Handeln relevant und mit einem hohen Geltungsanspruch ausgestattet ist und das weitergegeben werden kann („mainstreamen“). Wie ich im Folgenden erläutern möchte, ist eine Entlastung von Staat und Markt durch Netzwerke mindestens in viererlei Hinsicht denkbar: Um relevantes Wissen bereitzustellen, für ein systematisches Monitoring, zur Sicherung von Partizipation marginalisierter sozialer Gruppen und zur Verdichtung von Bildungsangeboten im Nahraum.

(1) Netzwerkarbeit bringt neue Deutungsangebote hervor

In Netzwerken wird vor allem „Wissen“ produziert: *Lebensweltwissen* über bestimmte Zielgruppen: Wie leben, was möchten, was brauchen Analphabeten, Menschen mit einer Behinderung, MigrantInnen, ältere Menschen, ausgegrenzte Kinder oder Jugendliche? Oder *Praxiswissen*: Wie können die Zielgruppen erreicht werden, welche Förderkonzepte sind geeignet, wo sind Hemmschwellen im Zugang zu Bildung und Arbeit und wie können diese überwunden werden? Dieses besondere Wissen über Menschen, die in sehr spezifischen Lebenslagen bestehen müssen, wird in den Netzwerkprojekten benötigt, um „passgenaue“, auf die Bedürfnisse der jeweiligen Zielgruppe zugeschnittene Konzepte zu erarbeiten. Dieses Lebenswelt- und Praxiswissen ist aber ebenso nützlich für die staatliche oder kommunale Sozial- und Bildungsplanung oder für die wirtschaftlichen Felder, um beispielsweise einen Arbeitskräftebedarf zu decken.

Um zwei Beispiele zu nennen: Im Grundbildungszentrum der Hamburger Volkshochschule, eine im Netzwerkverbund vertretene Einrichtung, wurden in den vergangenen 25 Jahren mehrere tausend funktionale Analphabeten literalisiert, die verschiedensten Konzepte und Materialien entwickelt und maßgeschneiderte, individuelle Angebote der beruflichen Grundbildung unterbreitet. In der Entwicklungspartnerschaft „Fluchttort: Hamburg“ wurden im Verlauf der sechsjährigen Förderperiode mehrere tausend Asylbewerberinnen und Geduldete beraten, betreut, therapiert und für den Arbeitsmarkt vorbereitet, geschult und qualifiziert. In beiden Netzwerken wurde durch die intensive Beratungsarbeit und den persönlichen Austausch in kleinen überschaubaren Lerngruppen, durch biografische Rekonstruktionen und ‚Profiling‘, durch Alltagsbegleitung und ‚dialogische‘ Unterrichtskonzepte, durch die Einbeziehung der Zielgruppen in die Projektarbeit eine umfassende Annäherung an die Lebenssituation von funktionalen Analphabeten bzw. Flüchtlingen in Hamburg möglich. Die Durchführung analoger wissenschaftlicher Untersuchungen wäre unbezahlbar. Dieses Detailwissen um die Zielgruppen ist nicht nur für die Weiterentwicklung „bedürfnisorientierter Ansätze“ in den einzelnen Projekten, sondern auch für die Öffnung von Betrieben und Förderinstrumenten von großer Bedeutung. Es wäre sehr bedauerlich, wenn – bei einer insgesamt prekären Forschungslage – das in solchen Projekten zu den Teilnehmern und Teilnehmerinnen zusammengetragene Wissen nicht systematisiert und anderen zugänglich gemacht würde. Ein Mainstreamingforum könnte hier wichtige Vorarbeiten leisten.

Das in Netzwerken wie dem Hamburger Verbund erarbeitete Lebenswelt- und Praxiswissen erhält zudem eine besondere Qualität, als es neue *Deutungen* über die Zielgruppe einbringen kann. In der öffentlichen Debatte gelten lebenslanges Lernen und funktionaler Analphabetismus als unversöhnliche Gegensätze, haben die Betroffenen doch gerade das Lernen nie gelernt – das EQUAL Netzwerk „Elbinsel“ hat an sehr vielen Beispielen gezeigt, wie die innerbetriebliche Fort- und Weiterbildung auch im Niedriglohnsektor mit diesen Menschen möglich werden kann. Die durch EQUAL eingerichteten Netzwerke zur beruflichen Qualifizie-

rung von Flüchtlingen wiederum konnten durch ihre Praxisprojekte belegen, dass auch Asylbewerberinnen und Geduldete trotz ihrer erschwerten Lebensbedingungen eine berufliche Ausbildung sehr erfolgreich absolvieren können: Weitverbreitete Meinungen, Flüchtlinge seien aufgrund mangelhafter Grundbildung, Sprachproblemen, traumatischer Erfahrungen, psychischer Instabilität, unzureichender Motivation und fehlendem Durchhaltevermögen ungeeignet für eine Ausbildung, konnten mit den Projektergebnissen eindeutig widerlegt werden. – Das heißt: Netzwerke gewinnen ihre Stärke dadurch, dass sie solchen „Unmöglichkeits-Diskursen“ starke Argumente entgegensetzen können. Auch dies ist eine wichtige Funktion von Mainstreaming.

(2) Netzwerkarbeit macht Diversity sichtbar

Viele, und durchaus nicht nur große Unternehmen, haben sich im vergangenen Jahrzehnt ein an „Diversity“ orientiertes Leitbild gegeben und sind in ihrer Belegschaft vielfältiger und ‚bunter‘ geworden. Wie die Gesellschaft insgesamt, so ist auch die Arbeitswelt multikulturell und in ihr wird mehrsprachig kommuniziert; dies gilt auch für gering qualifizierte Tätigkeiten. Deutsch ist *nicht* selbstverständlich die Verkehrssprache am Arbeitsplatz, vielmehr sind auch dort kommunikative Kompetenzen in mehrsprachigen Situationen gefragt. Englisch und Französisch, Türkisch und Arabisch, Spanisch und Russisch sind Sprachen, die in Deutschland einen hohen Marktwert haben, weil sie in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen wie auch für den Binnenmarkt bedeutsam sind: Mehrsprachige Mechaniker und LKW-Fahrer sind ebenso gesucht wie Verkaufs- und Pflegepersonal, das andere Sprachen kann als lediglich Deutsch. Zugewanderte, die eine, gar mehrere dieser Sprachen beherrschen, werden in Deutschland in der Regel jedoch entweder im Fremdsprachenunterricht mit Lernanfängern zusammen beschult und somit völlig unterfordert, oder sie werden überhaupt nicht gefördert. Selten können sie ihr sprachliches Vermögen in den beruflichen Raum einbringen oder es gar erweitern.

Gerade die europäischen Großstädte benötigen deshalb nicht nur eine allgemeine, lokale Integrations- oder Bildungspolitik, vielmehr wird in immer mehr Kommunen – aus guten Gründen – auch eine am Leitbild „Mehrsprachigkeit“ orientierte lokale Sprachpolitik entwickelt. Um beispielsweise in einem Stadtbezirk einen präzisen Überblick zu den von den Bewohnern gesprochenen Sprachen zu erhalten und somit eine angemessene Sprachplanung durchzuführen, wurde von einer niederländischen Arbeitsgruppe ein Instrument entwickelt, mit dem die Sprachkompetenzen von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen erhoben werden können. Der Erhebungsbogen wurde im Rahmen des „Multilingual Cities Project“ in verschiedenen europäischen Städten angewandt, so in Brüssel, Den Haag, Essen, Göteborg, Lyon, Madrid, Tilburg, Utrecht (Fürstenau et al. 2003). In der „weltoffenen“ und „wachsenden“ Stadt Hamburg ist er bislang nur bei Grundschulern eingesetzt worden: Die Sprachkompetenzen der Kinder wurden systematisch erhoben, das Sprachenangebot an den Schulen überprüft und erweitert, entsprechende sprachdidaktische Konzepte implementiert. Doch bereits im Übergang in die Sekundarstufe bricht diese Sprachbildungspolitik ab, in der Erwachsenenbildung oder in der Benachteiligtenförderung bleibt sie auf Einzelprojekte beschränkt.

Angeregt wird somit, das „babylonische Sprachengewirr“ nicht immer nur zu bejammern, sondern die darin liegende „Diversity“ sichtbar zu machen und Zugangsprobleme zu sprachlicher Bildung aufzuzeigen. In der Kommunalpolitik wird dies häufig als „Monitoring“ bezeichnet: Monitoring meint die vorwiegend in statistischen Berechnungen erhobenen Benachteiligungen sozialer Gruppen bei Einstellungen, Beförderungen, Wohnungsvergaben, Aufnahmetests in höhere Bildungseinrichtungen etc. Monitoringsysteme dienen dazu, Ungleichheiten

aufzudecken, die Ursachen dafür zu analysieren, mit dem Ziel, Ungleichbehandlung zu beseitigen. Monitoring ist auch ein Mittel, um die Notwendigkeit und Wirksamkeit spezifischer Fördermaßnahmen für soziale Gruppen zu überprüfen. Monitoring befasst sich also mit den verborgenen Seiten von „Diversity“, wo kulturelle Vielfalt nicht mehr eine gesellschaftliche Bereicherung, sondern eine Dimension der Reproduktion sozialer Ungleichheit ist. Der Magistrat der Stadt Frankfurt am Main hat 2005 beschlossen, im Bildungssystem ein systematisches Monitoring zu etablieren, bislang ist dies allerdings noch nicht umgesetzt worden – Hamburg könnte sich hier somit noch profilieren.

(3) Netzwerkarbeit bindet die Betroffenen ein

Für eine wirkungsvolle Integrationsarbeit ist die Einbindung der Betroffenen vor Ort oder in die Einrichtungen wünschenswert. Doch die Einbeziehung benachteiligter und bildungsferner Menschen stößt auf einige Hindernisse, die am ehesten in Netzwerkarbeit beseitigbar sind. Immer wieder wird hierzu beispielsweise auf den Ansatz sogenannter „Fokus-Gruppen“ zurückgegriffen: Diese sehr kleinen, fast intimen Gruppen werden gebildet aus Projektmitarbeitern und einzelnen Teilnehmerinnen und Teilnehmern, um über Projektideen zu beraten sowie die praktische Arbeit und die „Stimmung“ im Kurs zu reflektieren. In diesen Gruppen, in denen sich alle, oft seit vielen Jahren relativ gut kennen, trauen sich auch Analphabeten über Pädagogik und Förderpolitik zu reflektieren, beteiligen sich Migrantinnenmütter, die seit 20 Jahren in Deutschland leben und noch nie aktiv in einer Gruppe mitgearbeitet haben, können Menschen mit einer Behinderung selbstbestimmt mitbestimmen. Menschen, die Institutionen und Behörden mit tiefstem Misstrauen begegnen, die bislang vorwiegend die Erfahrung gemacht haben, dass die Gesellschaft sie nicht braucht, und die es gewohnt sind, dass Entscheidungen über sie immer ‚von oben‘ gefällt werden, können sich in diesen Gruppen im politischen Handeln einüben.

Dieser Aspekt ist nicht nur relevant in der individuellen Dimension, sondern ist auch strukturell bedeutsam. So wird im pädagogischen, politischen und wirtschaftlichen Feld zunehmend zur Kenntnis genommen, dass in den Selbstorganisationen und Netzwerken der Migranten sehr viele Angebote formaler, non-formaler und informeller Bildung und Beratung, Betreuung, Begleitung und auch beruflicher Qualifizierung vorgehalten werden. Migrantinnenvereine benötigen jedoch in der Regel Unterstützung, um entsprechende Projekte entwickeln zu können. In einem der Hamburger Netzwerke ist die Stärkung von Migrantinnenelbstorganisationen ein zentrales strategisches Ziel, genannt wird dies ‚Empowerment‘. Zwei Teilprojekte der Entwicklungspartnerschaft sind aus solchen Migrantinnenvereinen hervorgegangen, sie wurden bei der Antragstellung, der Ausarbeitung von Finanzierungsplänen und der Konzeptentwicklung unterstützt, es gelang, die beiden Migrantinnenorganisationen so in das Netzwerk einzubinden, dass diese sich konsolidieren und ihre Projektideen realisieren konnten. Beide Teilprojekte wären ohne die Entwicklungspartnerschaft nicht in dieser Weise, vermutlich sogar überhaupt nicht zustande gekommen. Den beiden Migrantinnenelbstorganisationen bot das Netzwerk die Möglichkeit, einen Zugang zur ‚deutschen‘ Infrastruktur und ihren Ressourcen zu eröffnen.

Eine „Wachsende Stadt“ benötigt ein Integrationskonzept, das die Migrantinnenorganisationen systematisch in die Stadtentwicklung einbindet. Die Anerkennung von Migranten nicht nur als Klienten, sondern auch als Träger sozialer Arbeit ist ein wichtiger Schritt zur Demokratisierung sozialer Strukturen. Die ‚deutsche‘ Trägerlandschaft wird mit den Migrantinnenelbstor-

ganisationen verknüpft, die Entstehung unnötiger ‚Parallelsysteme‘ kann dadurch vermieden werden. Die ernsthafte Einbeziehung der Betroffenen in die Bildungsarbeit hat eine wichtige integrative Bedeutung und einen hohen symbolischen Wert – auch dies kann man als ‚Mainstreaming‘ bezeichnen.

(4) Netzwerkarbeit verdichtet Bildungs- und Qualifizierungsangebote im Nahraum

Vernetzung vollzieht sich im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitssektor auf allen denkbaren räumlichen Ebenen, sowohl regional als auch überregional, gar international. Vor dem Hintergrund einer generellen politischen und ökonomischen Aufwertung der Region liegt die Stärke und Entlastungsfunktion von Netzwerken darin, in scheinbar undurchschaubar und überkomplex gewordenen Strukturen und Verfahren kollektiven Handelns in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft im Nahraum für Übersicht zu sorgen.

Viele regionale Vernetzungskonzepte stehen mit ihrer Ausrichtung implizit oder explizit in der Nähe zu traditionellen Konzepten der Gemeinwesenarbeit: Sie verstehen sich als lebensweltorientiert, trägerübergreifend und setzen vor allem auf die Aktivierung von Bewohnern einer Region (Bauer 2005: 18). War die traditionelle Gemeinwesenarbeit in hohem Maße pädagogisch motiviert, indem sie versuchte in Quartieren oder Stadtteilen gemeinsame Lehr- und Lernprozesse zu initiieren, haben sich in den vergangenen zehn Jahren eher Konzepte herausgebildet, die eine stärkere Orientierung am Gedanken des Managements betonen und sozialräumliche Entwicklung als ein kombiniertes Vorgehen aus Organisation, Moderation und Monitoring betrachten. Weil Regionen sehr heterogen sind hinsichtlich der sozialen, kulturellen und ökonomischen Situation der Bewohner, orientieren sich solche Konzepte weniger am sozialen Gruppenansatz als eher an der Idee einer Gestaltung milieusensibler kommunaler Bildungslandschaften (Nuisl 2006).

Aber auch aufgrund der Einsicht, dass sich soziale Ungleichheit in hohem Maße im Sozialraum reproduziert, kommt der sozialräumlichen Vernetzung eine besondere Bedeutung zu (Schroeder 2002). So weist der in Bologna lehrende Erziehungswissenschaftler Luigi Guerra darauf hin, dass mit der zunehmenden Bedeutung non-formaler und informeller Bildung eine neue Ungleichheit entstehen würde, „der vor allem jene ausgeliefert sind, die die Bildungsangebote ihrer Lebensumgebung nur aus einer untergeordneten oder randständigen Position heraus nutzen können, oder deren Lebensumgebung einfach arm an derlei Angeboten ist“ (Guerra 1997: 223f.). Letztlich werde hier das alte Problem der Demokratisierung des Zugangs zu kulturellen und sozialen Räumen neu aufgeworfen. Er erprobt in Bologna ein Konzept der „bildenden Stadt“, mit dem er die Hindernisse in der Aneignung kultureller und sozialer Räume durch die Schaffung von „Netzen territorialer Bildungsagenturen“ auszugleichen versucht. Es geht ihm nicht um die simple Vermehrung von Bildungsorten, sondern um eine vernünftige und demokratische Integration aller vorhandenen oder zu entwickelnden Bildungsressourcen.

Was Mainstreaming alles sein kann

Mainstreaming ist, so wurde einleitend gesagt, eine politische Strategie zur Herstellung von Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern, zwischen Etablierten und Außenseitern, zwischen der gesellschaftlichen Mitte und ausgegrenzten Menschen, zwischen Alt und Jung. Netzwerke beteiligen sich an Mainstreaming, indem sie kritisches Wissen durch Verhandlung

in andere Praxis- und Entscheidungsfelder weitergeben, um innovative Politikergebnisse zu erzielen. Abschließend möchte ich einige wesentliche Aspekte eines erfolgreichen Mainstreamings zusammenfassen.

- Mainstreaming heißt, *Benachteiligungen aufzuspüren*. Die Identifizierung von Prozessen der Reproduktion sozialer Ungleichheit lässt sich jedoch nicht mehr, wie in den 1970er Jahren, von einzelnen sozialen Gruppen (Frauen, Behinderte, Ausländer) denken, sondern macht die Zusammenschau der Vielfalt von Ausgrenzungen erforderlich: Es geht um die Entwicklung von pädagogischen und politischen Strategien, in denen Gender *und* Interkulturelles Mainstreaming, Achtsamkeit auf Behinderungen *und* soziale Differenzen zusammen bedacht und bearbeitet werden. In Netzwerken ist diese ‚Vielfalt‘ häufig bereits durch verschiedene Akteure repräsentiert, in ihnen bilden sich für dieselben Thematiken ganz unterschiedliche Perspektiven ab, die den Prozess des Zusammendenkens ganz wesentlich befördern.
- Mainstreaming heißt, *kollektive Gedächtnisse* aufzubauen und zu nutzen. In Netzwerken weiß man, wo bestimmtes Wissen zu finden ist, und sie verfügen selbst über differenziertes Spezialwissen, das ansonsten nur mit hohem finanziellen und zeitlichen Aufwand erarbeitet werden könnte. Mainstreaming beginnt, wenn dieses Wissen in den Feldern der Politik und Wirtschaft abgerufen wird oder wenn es von den Netzwerken in solche Felder eingebracht werden kann. Der Abbau von Ungleichheit und die Eröffnung von Teilhabechancen benötigen politische Strategien, die wissensbasiert sind. Da in den meisten Netzwerken die kontinuierliche Evaluierung zum Standard der Qualitätssicherung gehört, ist das dort erarbeitete Wissen gesichert, geprüft, kritisch reflektiert und somit relativ verlässlich.
- Mainstreaming verknüpft *institutionelles Lernen* mit *Netzwerkinterventionen*. Mainstreaming arbeitet nicht nur entscheidungsorientiert, sondern zielt auf die konkrete Verbesserung von Lebensbedingungen benachteiligter Menschen. Bekanntlich löst sich politisches Handeln rasch von den Themen und Problemen, die es sich zum Gegenstand macht; institutionelles Handeln entfernt sich häufig vom Alltag ihrer Klientel, pädagogisches Handeln verliert ihre Passgenauigkeit und ihren Lebensweltbezug, die reibungslosen Abläufe der jeweiligen Institutionen werden wichtiger als die Probleme der Betroffenen. Mainstreaming hat die Funktion, Sachfragen in den konkreten Alltag der Betroffenen rückzubinden, pädagogisches und politisches Handeln auf diesen Alltag zu beziehen sowie Angebote und Maßnahmen mit den Klienten zusammen zu entwickeln, so dass ihr Alltag (wieder) gelingen kann. Mainstreaming arbeitet lebenslagenorientiert.
- Mainstreaming benötigt die Abschätzung von *Risikofolgen*, denn die Implementierung von Innovationen ist in der ‚Risikogesellschaft‘ selbst zu einem Risiko geworden. Netzwerke können zumeist früher und kompetenter als andere gesellschaftliche Institutionen die unerwünschten Nebenwirkungen von politischen Entscheidungen oder ökonomischen Entwicklungen antizipieren. Netzwerke lassen sich als „Planspiele“ begreifen, in denen die Wirkungen von innovativen Ideen erprobt und evaluiert werden. Netzwerke in Mainstreamingprozesse einzubeziehen sichert, die Gefahren von Innovationen in den Blick zu nehmen.
- Mainstreaming braucht Strategien, um *Diversity politisch und pädagogisch in die Fläche zu entfalten*. Eine raumorientierte Bildungs- und Beschäftigungsentwicklung betreibt eine reflektierte Gestaltung der lokalen Soziallandschaft, in die Betriebe, Behörden und Bil-

dungseinrichtungen eingebunden werden, um in der Stadt oder im ländlichen Raum wiederum ein differenziertes, kontextsensibles Bildungsangebot bereit zuhalten, das passgenaue Zugänge eröffnet.

In den folgenden Foren stellen die Hamburger Netzwerke erprobte Kooperationskulturen vor und laden zur Vernetzung ein. Sicherlich entstehen konkrete und verbindliche Verabredungen – auch dies meint Mainstreaming.

Literatur

Alfa-Forum (2007): Lokale Netzwerke in der Alphabetisierung. Themenheft der Zeitschrift für Alphabetisierung und Grundbildung. 20. Jg., Heft 64.

Bauer, Petra (2005): Institutionelle Netzwerke steuern und managen. Einführende Überlegungen. In: Bauer/Otto 2005: 11-52.

Bauer, Petra; Otto, Ulrich (Hrsg. 2005): Mit Netzwerken professionell zusammenarbeiten. Tübingen.

Baumgarten, Britta; Lahusen, Christian (2006): Politiknetzwerke – Vorteile und Grundzüge einer qualitativen Analysestrategie. In: Hollstein/Straus 2006: 177-197.

Fürstenau, Sara u.a. (Hrsg. 2003): Mehrsprachigkeit in Hamburg. Münster.

Guerra, Luigi (1997): Die erziehende Stadt. In: Becker, Gerold u.a. (Hg.): Räume bilden. Studien zur pädagogischen Topologie und Topographie. Seelze-Velber: 221-232.

Hollstein, Bettina; Straus, Florian (Hrsg. 2006): Qualitative Netzwerkanalyse. Konzepte, Methoden, Anwendungen. Wiesbaden.

Kaewnetara, Eva; Uske, Hans (Hrsg. 2004): Netzwerkevaluation im Prozess. Aktuelle Ansätze in komplexen sozialen Programmen. Duisburg: RISP-Texte 1.

Nuissl, Ekkehard (2006): Orte und Netze lebenslangen Lernens. In: Fatke, Rainer; Merckens, Hans (Hrsg.): Bildung über die Lebenszeit. Opladen: 69-83.

Schroeder, Joachim (2002): Bildung im geteilten Raum. Schulentwicklung unter Bedingungen von Einwanderung und Verarmung. Münster.